



JU

JUNGE UNION
BERLIN



UNSERE 10 POSITIONEN FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES BERLIN



Vorwort

Am 18. September wählen die Berlinerinnen und Berliner ein neues Abgeordnetenhaus und neue Bezirksverordnetenversammlungen. Bei dieser Wahl werden die Weichen für die nächsten fünf Jahre in der Berliner Landespolitik, aber auch für die Zukunft unserer Stadt darüber hinaus neu gestellt. Berlin steht vor großen Herausforderungen. Auch nach fünf Jahren Regierungsbeteiligung der CDU, durch die vieles erreicht werden konnte, läuft es an vielen Stellen noch immer nicht rund: Die Verwaltung arbeitet an vielen Stellen am Rande ihrer Belastbarkeit oder darüber hinaus, immer mehr Berliner Schüler verlassen die Schule ohne Schulabschluss, Wohnraum wird stetig knapper und dadurch für viele kaum noch bezahlbar. Die Folgen einer Politik des rücksichtslosen Sparens sowie des Verschlafens drängender Probleme aus den Jahren der Rot-Roten Koalition wirken an diesen und anderen Stellen bis heute nach. Das Credo „Sparen bis es quietscht“ von Wowereit und Müller hat sich voll erfüllt; es quietscht ganz gewaltig an vielen Ecken unserer Stadt.

Die erfolgreiche Senatsbeteiligung der CDU hat in den letzten Jahren zu vielen Kurswechseln und dringend nötigen Verbesserungen geführt. Berlin steht heute besser da als 2011. Doch nach 27 Jahren SPD im Senat und zehn Jahren Rot-Rot bleibt viel zu tun, um Berlin zukunftsfähig zu machen. Das gilt umso mehr, da die Flüchtlingskrise und das rasante Bevölkerungswachstum die bestehenden Probleme vielerorts als Katalysator noch verstärken.

Wir sind überzeugt, dass nur eine starke CDU im Abgeordnetenhaus, den Bezirksverordnetenversammlungen und im Senat unsere Stadt auf einen erfolgreichen Weg in die Zukunft bringen bzw. auf einem solchen halten kann. Wir werden deshalb bis zum 18. September mit aller Kraft für die CDU, ihren Spitzenkandidaten Frank Henkel und vor allem aber auch für die vielen jungen Kandidaten kämpfen, die in nahezu allen Bezirken zur Wahl stehen.

Auf den folgenden Seiten formulieren wir die zehn Positionen, deren Umsetzung in den nächsten fünf Jahren aus unserer Sicht für die junge Generation und somit für die Zukunft Berlins am wichtigsten ist. Dabei erheben wir keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit; dieses Papier soll keine Antwort auf alle Probleme und Herausforderungen unserer Stadt sein. Diese zehn Positionen wollen wir in das Wahlprogramm der CDU Berlin einbringen und mit ihnen dafür werben, im Herbst die CDU und ihre jungen Kandidaten zu wählen.

Denn davon sind wir auch überzeugt: Politik, die Berlin zukunftsfähig macht, gelingt nur mit jungen Köpfen, die sich für die richtigen jungen Positionen einsetzen. Dafür stehen wir als JU Berlin mit unseren jungen Abgeordneten, Bezirksverordneten und den vielen jungen Kandidaten für den 18. September!

I. Erfolgreiche Schulen für ein zukunftsfähiges Berlin

Seit 20 Jahren verantwortet die SPD in Berlin die Bildungspolitik. Die Bilanz ist verheerend. Über zehn Prozent der Schüler verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss, das Lernumfeld ist durch marode Schulgebäude und schlechte Ausstattung grauenhaft, die Lehrer sind zu schlecht bezahlt und zudem stark überlastet. In den kommenden Jahren rollt ein massiver Lehrermangel auf uns zu, da die Bildungssenatorin es verschlafen hat, mit der Wissenschaftssenatorin, die sie auch ist, die Lehrerausbildung voranzutreiben.

In bundesweiten Vergleichen landen die Berliner Schulen nach wie vor auf den untersten Rängen, wie zuletzt im Bildungsmonitor 2015. Dort belegt Berlin den letzten Platz. Nach Zukunft sieht diese Bildungspolitik ganz sicher nicht aus.

Um die Missstände an Schulgebäuden und insbesondere auch Schultoiletten schnellstmöglich abzustellen, fordern wir weitere, effektive Investitionen in die Infrastruktur und eine entsprechende Ausstattung der Bezirke. Bezirke, die es aufgrund von Personalmangel nicht schaffen, die zur Verfügung gestellten Mittel auch einzusetzen, müssen vom Land dabei unterstützt werden. Um die Umsetzung zu vereinfachen und dabei den Gegebenheiten auf beiden Seiten gerecht zu werden, kann dies auch durch eine „Task Force Schule“ erreicht werden, die sich aus Vertretern der Bezirke und der Bildungsverwaltung zusammensetzt.

Neben der Beseitigung der baulichen Mängel darf nicht die Notwendigkeit für eine Verbesserung der Ausstattung der Schulen, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung, vernachlässigt werden.

Einsatz und Ausbau digitaler Hilfsmittel im Unterricht sowie auch die Einführung digitaler Lernformate sind unverzichtbar, um die Schüler auf ein späteres Berufsleben und rechtliche, wirtschaftliche und ethische Aspekte der Digitalisierung vorzubereiten. Dazu zählt auch die Vermittlung von Lerninhalten wie dem richtigen Umgang mit Social Media, Schutz der Privatsphäre sowie Chancen und Risiken von Big Data. Dies ist nur mit entsprechender Ausstattung der Schulen mit leistungsfähigen Geräten und Datenleitungen möglich, für deren Wartung auch gesorgt werden muss. Außerdem müssen die Lehrkräfte im Umgang und in der Vermittlung mit digitalen Inhalten regelmäßig geschult werden.

Schule kann nur erfolgreich sein mit gutem und hochmotiviertem Lehrpersonal. Nach wie vor fordern wir daher die Wiedereinführung der Verbeamtung der Berliner Lehrer, um bei der Werbung um die besten Lehrkräfte konkurrenzfähig mit den anderen Bundesländern zu werden. Im ersten Schritt muss aber die Bezahlung der angestellten Berliner Lehrer unverzüglich an das Gehaltsniveau ihrer verbeamteten Kollegen angepasst werden. Das sollte selbstverständlich sein.

Die Ausbildung von Lehrern, insbesondere auch für die Grundschulen, muss oberste Priorität haben. Die Zahl der dafür benötigten Studienplätze an den Berliner Universitäten muss unverzüglich entsprechend angehoben werden.

Gleichzeitig sollte die Personal-Organisation der Schulen unbürokratischer werden. So ist die stärkere Einflussnahme der Schulleitungen auf die Entwicklung ihres Personals ebenso wünschenswert wie stärkere disziplinarische Möglichkeiten, um Konflikte vor Ort, und nicht langwierig über bürokratische Umwege, lösen zu können.

II. Schülern eine Chance geben – Strukturen und Inhalte besser machen

Die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die damit verbundene ausschließlichen Fokussierung auf die Förderung von leistungsschwächeren Schülern lehnen wir nach wie vor ab. Nach 23 Strukturreformen im Schulsystem unter Rot-Rot bis 2011 war und ist es jedoch an der Zeit, Kontinuität in das Berliner Schulsystem zu bekommen und damit Schülern, Eltern, Lehrern und Schulleitungen die Möglichkeit zu geben, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren: Die individuelle Betreuung und Ausbildung der Schülerinnen und Schüler in unserer Stadt. Dies soll auch in Zukunft der Boden sein, von dem aus Schulpolitik betrieben werden muss.

Differenzierungen statt Gleichmacherei sehen wir als das Gebot chancengerechter Bildungspolitik. Insbesondere die von der SPD nach wie vor betriebene und von den anderen linken Parteien befürwortete Aushöhlung der Schulform Gymnasium muss ein Ende haben! Die Benachteiligung in der Budgetplanung im Vergleich zu anderen Schulformen muss umgehend aufgehoben werden. Auch eine Abschaffung der Differenzierung bei der Ausbildung der Lehrkräfte und bei den Lehrplänen lehnen wir kategorisch ab. Die Verschiedenheit der Herausforderungen der unterschiedlichen Schulformen verlangt nach individuell ausgebildetem Lehrpersonal. Damit das Gymnasium nicht schleichend zu einer Auffangschulform umgeformt wird, fordern wir eine Aufwertung der integrierten Sekundarschule sowie die Verschärfung der Aufnahmekriterien an Berliner Gymnasien, etwa durch Einführung eines verbindlichen Mindestnotenschnitts von 2,3 auf den für die Anmeldung an weiterführenden Schulen relevanten Grundschulzeugnissen. Für Schülerinnen und Schüler mit einem Notendurchschnitt von 2,4 bis 2,7, deren Eltern den Besuch eines Gymnasiums wünschen, sollte es obligatorische Beratungsgespräche geben, bei denen das potentiell aufnehmende Gymnasium über den Ausgang entscheidet.

Im Mittelpunkt eines guten Bildungssystems müssen gute Rahmenlehrpläne stehen, die festlegen, was die Schüler lernen sollen, um gut auf das Leben vorbereitet zu sein. Die schon beschlossenen Rahmenlehrpläne, die ab dem Schuljahr 2017/18 gelten sollen, erfüllen dieses Kriterium ganz klar nicht. Wir fordern die Beibehaltung des chronologischen Geschichtsunterrichtes, die Abkehr von der Zusammenlegung der Fächer Geschichte und Erdkunde, die Einführung eines verpflichtenden Kurses Wirtschaft und Politik an allen weiterführenden Schulen, verpflichtende Besuche im Berliner Abgeordnetenhaus sowie im Deutschen Bundestag und die Einführung des Wahlpflichtfaches Religion. Zudem plädieren wir für einen verpflichtenden Berufsbildungstag, an dem sich auch die Bundeswehr beteiligt.

Schule kann nur in einem guten Lernumfeld und in einer guten Gemeinschaft funktionieren. Daher lehnen wir es ab, dass Schüler wegen religiöser oder anderer Gründe von Teilen des Schulunterrichts befreit werden.

III. Berlin lebenswert für junge Menschen gestalten – Wohnraum schaffen

Berlin wächst und wächst. Nach aktuellen Bevölkerungsprognosen werden in unserer Stadt bereits in wenigen Jahren mehr als vier Millionen Menschen leben. Wir freuen uns über die große Attraktivität, die Berlin ausstrahlt. Dieses schnelle Wachstum bringt aber auch Herausforderungen mit sich, die es dringend mit den richtigen Maßnahmen zu bewältigen gilt.

Die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist seit Jahren angespannt. Die Leerstandsquote ist innerhalb von sechs Jahren von gut drei auf nahezu null Prozent gesunken, die Wohnraumsituation hat sich auch durch die Einführung der Mietpreisbremse nicht entschärft. Für viele junge Berliner ist der Traum nach bezahlbarem innerstädtischem Wohnraum in weite Ferne gerückt. Diese Situation ist nur durch die Schaffung von Wohnraum in großem Umfang lösbar. Dies gilt umso mehr, da die zu uns kommenden Flüchtlinge in vielen Fällen hier auch dauerhaft leben und wohnen werden müssen.

Wir fordern daher, alle Anstrengungen zu unternehmen, um für junge Menschen und Familien bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Für Studenten, die aus ganz Deutschland und Europa zum Studieren nach Berlin kommen, müssen dringend mehr Studentenwohnheimplätze geschaffen werden, sowohl durch Neubau, als auch durch Ertüchtigung geeigneter Bestandsgebäude. Außerdem sollten für Auszubildende vergleichbare Angebote geschaffen werden.

Vor allem aber müssen die Rahmenbedingungen für den Neubau von Wohnraum dringend weiter verbessert werden. Landeseigene Grundstücke müssen, auch trotz der Flüchtlingskrise, konsequent für den privaten oder öffentlichen Wohnungsbau freigegeben werden, Baugenehmigungen müssen von den Bezirken schneller erteilt, Anreize für private Investoren gesetzt werden. Wohnungsbau durch Private hat für uns Vorrang, da diese flexibler auf die Bedürfnisse des Marktes reagieren können. Instrumente wie eine starre Mietpreisbremse oder Modernisierungsverbote lehnen wir ab, da sie zu weniger Baubereitschaft führen. Der inflationäre Einsatz von Milieuschutzsatzungen und allzu restriktiven Genehmigungskriterien hemmt die Investitionsbereitschaft von Eigentümern. Gleichzeitig stören Milieuschutzsatzungen innovative Energieeffizienzstrategien, den Einbau moderner Heizungssysteme und den barrierearmen Umbau des Wohnungsbestandes und manifestieren gekippte Gebiete. Stattdessen sollten private Bauherren durch sogenannte Quersubventionierungsmodelle, bessere steuerliche Förderungen oder einen Wohnungsbaufonds zur Schaffung bezahlbarer Mietwohnungen gebracht werden.

Neben mehr Wohnraum bedeutet der starke Bevölkerungszuwachs auch eine erhöhte Nachfrage nach Spiel- und Sportstätten. Das CDU-geführte Sportressort hat in den letzten Jahren schon eine erhebliche Erhöhung der Mittel für öffentliche Sportstätten erreicht. In den nächsten Jahren wird ein weiterer Zuwachs unumgänglich sein. Des Weiteren müssen auch die Grün- und Erholungsflächen stärker gepflegt werden; hierfür müssen die Bezirke hinreichend ausgestattet werden, um ihrer Verantwortung in der Pflege von Grün- und Erholungsflächen gerecht werden zu können.

IV. Sicher leben in Berlin – Gewaltprävention stärken

Seit 2011 haben Innensenator Frank Henkel und die CDU dafür gesorgt, dass der verantwortungslose Personalabbau bei den Sicherheitsbehörden gestoppt wurde und die Personaldecke wieder deutlich dicker geworden ist. Dies hat u.a. dazu geführt, dass die Aufklärungsquote von Kriminaldelikten besser geworden ist. Auch ist insbesondere die Anzahl von Gewaltdelikten in den letzten Jahren stark gesunken.

In den nächsten Jahren muss das Personal bei der Polizei zwingend weiter aufgestockt und besser besoldet werden, um auch in der wachsenden Stadt Sicherheit gewährleisten zu können. Hier darf nicht weiter gespart werden, die Blockadehaltung der SPD gegen mehr finanzielle Mittel für Personal und Ausrüstung ist nicht nur unverständlich, sie ist vielmehr auch brandgefährlich.

Die Fähigkeiten der Berliner Polizei müssen stets überprüft und den Gegebenheiten angepasst werden. Für mehr Prävention im Straßenverkehr sollte es künftig weitere Fahrradstaffeln geben, die im dichten Innenstadtverkehr eine wichtige Aufgabe erfüllen. Wir fordern zudem, dass sämtliche Bereiche des öffentlichen Nahverkehrs und größerer öffentlicher Plätze videoüberwacht werden, damit Strafverfolgung effektiver stattfinden kann.

Um insbesondere Jugendliche von Straftaten und Gesetzesverstößen abzuhalten, sind Präventionsmaßnahmen enorm wichtig. Hier spielen auch die Schulen eine wichtige Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass durch Präventionsveranstaltungen z.B. durch die Polizei in den Schulen verstärkt vermittelt wird, welche Folgen straffälliges Handeln hat. Außerdem soll es zentrale Anlaufstellen in den Schulen für Hilfesuchende geben. Oft fehlt Jugendlichen das Gespür dafür, was rechtens ist und was nicht, weil kleinere Auffälligkeiten nicht geahndet werden und auch bei jugendlichen Intensivtätern die Bestrafung zu lange auf sich warten lässt. Das Pilotprojekt „Staatsanwalt für den Ort“ sollte ausgeweitet werden, um eine bessere Vernetzung zwischen den Akteuren wie Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, Polizei, Schulen und Familienrichtern zu ermöglichen. Bei Bedarf sollte es in den bezirklichen Jugendämtern Arbeitsgruppen für junge Intensivtäter geben. Um solche Netzwerke zu ermöglichen, sollten datenschutzrechtliche Erwägungen in den Hintergrund treten. Was mit dem Mobbing auf dem Schulhof beginnt, kann in kriminellen Aktivitäten enden. Auch Sportvereine, Jugendclubs und andere Institutionen, mit denen Jugendliche in ihrer Freizeit in Berührung kommen, können hier hilfreich sein und Verhaltensnormen vermitteln. Insbesondere ehrenamtliche Einrichtungen, die im Bereich der Gewaltprävention aktiv sind, sollten konsequent finanziell unterstützt werden.

Politisch motivierte Gewalt ist in Berlin weiterhin auf dem Vormarsch. Wir lehnen solche Taten, egal ob von links oder rechts, ab und verurteilen sie. Extremistische Taten fordern unseres Erachtens eine besondere Härte als Antwort. Links- wie Rechtsextremisten haben in unserer Stadt keinen Platz und müssen auch in Zukunft mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Insbesondere hier muss eine Null-Toleranz-

Strategie gefahren werden. Zugeständnisse an Randalierer, Autozündler und sonstige Chaoten darf es nicht geben. Wir begrüßen daher auch ausdrücklich das Vorgehen der Polizei Anfang des Jahres gegen die gewalttätige Hausbesetzerszene in Friedrichshain-Kreuzberg.

Der fortwährende Zustrom von Flüchtlingen stellt unsere Stadt und unsere Gesellschaft vor besonders große Herausforderungen. Diejenigen, die schutzbedürftig sind und daher einen Anspruch auf Asyl oder einen Flüchtlingsstatus haben, sollten auch künftig Platz in unserer Stadt haben. Diejenigen aber, die einen solchen Anspruch nicht haben, müssen nach Abschluss ihres Verfahrens konsequent in ihre Heimatländer oder aber in sichere Drittstaaten, über die sie eingereist sind, zurückgeführt werden. In den letzten Jahren ist die Zahl der Abschiebungen in Berlin deutlich gestiegen; um die derzeitige Situation zu bewältigen, muss hier aber noch konsequenter gehandelt werden. Dafür bedarf es auch besserer Rechtsgrundlagen und Personalausstattungen.

V. Mobil in Berlin – In der Innenstadt und den Außenbezirken

In Berlin fallen allein im ÖPNV pro Jahr und Einwohner 2660 Personenkilometer an zurückgelegter Strecke an. Hinzu kommt der individuelle Verkehr, allein im privaten Sektor sind 1,16 Millionen PKW angemeldet, 17,2 % bewegen sich mit dem Fahrrad, 5,5 % zu Fuß durch Berlin.

Ziel muss sein, dass alle Verkehrsteilnehmer möglichst zügig und aufwandsfrei an ihr Ziel kommen. Wichtig ist uns dabei, einzelne Verkehrsträger sinnvoll zu verknüpfen, etwa durch den Ausbau einzelner Park+Ride-Angebote und Fahrradstationen.

1. Carsharing weiter fördern.

Gerade unter jungen Menschen ist Carsharing eine beliebte Alternative zum eigenen Auto. Es ist relativ kostengünstig, bietet viel Flexibilität und ist durch die oftmals verbauten kleineren Motoren und Diesel-Antriebe umweltfreundlicher. In Berlin gibt es in der Innenstadt eine große Angebotsdichte von verschiedenen Anbietern. Gerade in den Außenbezirken ist eine Nutzung aber oft gar nicht oder nur sehr lückenhaft möglich, da die Bereitstellung hier für die Anbieter weniger lukrativ ist. Wir fordern daher, Gespräche mit den Carsharing-Anbietern über Möglichkeiten, das Angebot auch in den Außenbezirken und im Bereich der Flughäfen auszuweiten, zu führen.

2. Radfahrer schützen

Um Unfälle mit Radfahrern zu verringern, fordern wir mehr kreuzungsfreie Radwege, mehr Fahrradstreifen an unfallintensiven Kreuzungen, vorgeschaltete Grünphasen für Radfahrer und auch in den Randbezirken Berlins eine Dauerbeleuchtung an Straßenkreuzungen. Auch die Forderung nach Einrichtungen von Radschnellwegen finden wir interessant. Von autofreien Fahrradstraßen, wie sie andere Parteien fordern, halten wir hingegen nichts.

3. ÖPNV

Der öffentliche Personennahverkehr ist das umweltschonendste und effizienteste Fortbewegungsmittel. Gerade junge Leute haben durch gesonderte Konditionen hier die Möglichkeit, kostengünstig und schnell mobil zu sein. Wir fordern, bei künftigen Fahrpreiserhöhungen verstärkt die Einzel-, Tages- und Wochentickets ins Visier zu nehmen und weniger die Zeitkarten, um die Berliner weniger zu belasten. Außerdem fordern wir eine Erhöhung der Präsenz von Sicherheitskräften der Betreiber auf Bahnhöfen und Verkehrsmitteln sowie den Ausbau des mobilen Internets auch in der U-Bahn. Den Ausbau der Straßenbahn, vor allem in der Innenstadt, sehen wir mit Hinsicht auf die negativen Auswirkungen auf den Straßenverkehr kritisch.

4. PKW

Das Auto ist und bleibt auch in Berlin ein wichtiges und für viele unverzichtbares Verkehrsmittel und darf nicht auf Kosten anderer Verkehrsmittel benachteiligt werden. Wir fordern ein besseres Angebot an PKW-Stellplätzen durch den Einsatz innovativer Konzepte z.B. anderer Großstädte. Einen weiteren Abbau von Parkplatzflächen darf es nicht geben! Darüber hinaus muss die Anzahl der noch durch fossile Brennstoffe angetriebenen Fahrzeuge verringert werden, hierbei muss der Senat eine Vorbildfunktion einnehmen z.B. durch das Bevorzugen von Konzepten der Elektromobilität bei Ausschreibungen von Neuanschaffungen.

VI. Verwaltung modernisieren – Digitalisierung vorantreiben

Seit vielen Monaten ist die Situation an Berlins Bürgerämtern katastrophal: Die Terminnot ist groß, der Ärger auch! Der notwendige Abbau von Bürokratie und die Modernisierung der Verwaltungen ist ein wichtiger Schritt hin zu einer wirklich bürgernahen Verwaltung.

Neben einer erheblichen Aufstockung des Personals in den Bürgerämtern fordern wir, die Digitalisierung der Berliner Verwaltung konsequent weiter voranzutreiben, da sie Möglichkeiten bietet, viele Abläufe effizienter und vor allem zeitsparender zu machen. Die Bürgerämter müssen ihre digitalen Angebote verstärken und ausbauen. Bürgeranliegen sollten zwecks Zeitersparnis online von zu Hause aus bearbeitet werden können, indem alle benötigten Dokumente online ausgefüllt, digital unterschrieben und zum Bürgeramt geschickt werden. So wären die entsprechenden Mitarbeiter auf den Termin optimal vorbereitet und das Anliegen wäre gegen Vorlage des Personalausweises zeiteffizient behandelt. Dabei sollte die Schaffung einer datensicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei der Kommunikation mit den Bürgerämtern aufgrund der Übermittlung meist personenbezogener und vertraulichen Daten gewährleistet werden können. Im Zuge der Umstellung auf bargeldlose Zahlung sollte in Bürgerämtern auch die Möglichkeit der Zahlung per Smartphone geschaffen werden. Der Wandel des Bezahlens hört nicht bei der EC-Karte und/oder der Kreditkarte auf, sondern setzt sich im bargeldlosen Bezahlen mit dem Smartphone fort. Produkte einiger Anbieter erlauben es schon heute, in einigen Restaurants und Ladengeschäften in Berlin bargeldlos mit dem Smartphone zu bezahlen.

Wir fordern, die Erkenntnisse der Vorstudie des Deutschen Instituts für Urbanistik zu ServiceStadtBerlin 2016 zu nutzen und das Projekt „One Stop City Berlin 2016“ weiter voranzubringen. Damit sehen wir ebenfalls das Ziel verbunden, die Kommunikation und den Datenaustausch unter den Behörden weiter auszubauen. Gleichzeitig sehen wir voreilige Schnellschüsse kritisch, die wie zuletzt zu einer Verschlechterung der Qualität geführt haben und sprechen uns dafür aus, die Testing-Phasen behördenintern zu erweitern.

Wir stehen dafür, die Berliner E-Gouvernement-Strategie (BEGS), die im vergangenen Jahr beschlossen worden ist, zeitplangetreu umzusetzen. Die zügige Einführung der E-Akte muss ein zusätzliches Ziel aller Behörden im Land Berlin sein.

Auch vor Tourismus soll die Digitalisierung nicht Halt machen: Die Infostände für Tourismus, die Museen und weitere touristische Orte sollten langfristig mit interaktiven Displays ausgestattet werden, die über ePoster Informationen über den jeweiligen Kiez bereit halten und die Sehenswürdigkeiten der Bezirke darstellen. Über Videos, Karten und Bilder sollte das Umfeld in all seinen Facetten interaktiv und virtuell für Touristen und junge Menschen erlebbar gemacht werden.

VII. Wirtschaft stärken – Startup-Szene unterstützen

Die Berliner Startup-Szene hat sich in den vergangenen Jahren extrem stark entwickelt und erreicht einen weltweiten Bekanntheitsgrad. Es ist von essentieller Bedeutung für Berlins Ruf als Start-up-Hauptstadt, die Rahmenbedingungen für Gründungen in Berlin weiter zu verbessern. Viele innovative Ideen und deren Realisation durch die Gründung eines Unternehmens finden in Hochschulen statt. Dort etablierten sich Gründungszentren und Gründungsinitiativen, welche helfend zur Seite stehen, den Weg von der Idee bis zur Gründung zu beschreiten. Sie bieten auch die nötige Infrastruktur zur Entwicklung der Geschäftsmodelle. Jedoch gilt es, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern; Förderprogramme wie Exit müssen weiter entbürokratisiert werden, um gründungswilligen jungen Menschen die Chance zukommen zu lassen, Ihre Ideen schnell zu realisieren. Die einzelnen Förderprogramme müssen universitäts- und einrichtungsübergreifend wirken können, damit man deren Wirkung weiter verstärkt. Die betroffenen Berliner Universitäten und Hochschulen sollten ein gemeinsames Gründerzentrum installieren, um bisher weit verstreute Kompetenzen und Programme zu bündeln.

Die Schnittstelle zwischen Universitäten bzw. Hochschulen und der Berliner Wirtschaft muss gesteigert werden. Ein attraktives Forschungsumfeld ist insbesondere für die Startups aus der IT-Branche von großer Wichtigkeit. Zudem können die Unternehmen an den Hochschulen direkt qualifiziertes Personal akquirieren. Zugleich können die Studenten schon berufs begleitend Praxiserfahrungen sammeln.

Fachkräftemangel, Unterqualifizierungen, unzureichende Kenntnisse – die Liste an Problemen, die durch 20 Jahre verfehlte Bildungspolitik entstanden sind, ist lang. Das ist nur ein Problem der Wirtschaft in Berlin.

Wir brauchen gute Fachkräfte in allen Branchen, das Stellenangebot reicht über die Anfrage qualifizierter Bewerber weit hinaus. Dass viele Arbeitgeber in der Wirtschaft bei Ausbildungsberufen einen Gymnasialabschluss sehen möchten, ist ebenfalls Folge des Versagens der Berliner Schulpolitik. Wir fordern, dass die Chancen der Ausbildungsberufe und anderer nicht-akademischer Berufe weiter in den Vordergrund gestellt werden sollen. Dazu soll es verstärkt Informationstage in Zusammenarbeit mit der Berliner Wirtschaft an Schulen geben. Außerdem setzen wir uns für die Beibehaltung des Meistertitels in allen Fällen ein. Gleichzeitig muss der Abschluss der weiterführenden Schulen wieder im Wert gesteigert werden.

VIII. Wissenschaft und Lehre – Hochschulen noch besser aufstellen

Berlin gehört zu den größten und wichtigsten Wissenschaftsstandorten in Deutschland. Maßgeblich hierfür sind die vier Universitäten, die Charité – Universitätsmedizin Berlin, sieben Fachhochschulen, vier Kunsthochschulen, zwei konfessionelle und 31 private staatlich anerkannte Hochschulen sowie über 60 außeruniversitären Forschungsstätten. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Sie stellen die Versorgung mit hochqualifizierten Fachkräften sicher und bringen international wettbewerbsfähige Spitzenforschung hervor. Der Hochschul- und Wissenschaftspolitik kommt daher eine ganz wesentliche Rolle zu.

Um die Rolle Berlins als Wissenschaftsstandort zu verteidigen und zu fördern, gilt es, die Hochschulen in der Exzellenzinitiative weiterhin zu unterstützen, sodass diese zukunftsorientiert Lehr- und Forschungsmöglichkeiten ausbauen können. Berlin schnitt in der Vergangenheit erfolgreich ab und eine Fortführung ist dabei unbedingt zu gewährleisten. Unerlässlich ist daher auch eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen. Im bundesweiten Vergleich ist Berlin jedoch nicht an der Spitze dieses Bereichs, da die letztjährigen Erhöhungen nur die gestiegenen Kosten zu decken vermögen.

Der Erfolg der Hochschulen wird auf Grundlage des humboldtschen Bildungsideals nicht nur durch die Forschung sondern auch durch die Lehre bestimmt. Die Digitalisierung der Hochschulen und dessen Förderung mithilfe von Ausbau der E-Learning-Angebote ist dabei von entscheidender Bedeutung. Hierzu zählt aber auch die Schaffung eines studentenfrendlichen Umfeldes, indem Bibliotheken ausreichend lang geöffnet sind. Derzeit hat keine der Berliner Hochschulbibliotheken länger als 24 Uhr geöffnet, anders als in vielen kleineren Universitätsstädten. Wir fordern daher, künftig mindestens eine Universitätsbibliothek, die die wesentlichsten Fachbereiche abdeckt, rund um die Uhr geöffnet zu halten.

Wir schließen uns der Idee einer digitalen Agenda für Berlin an, in der mehrere IT-Professuren in enger Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft geschaffen werden, welche die Rolle Berlins als internationale Referenzmetropole der Digitalisierung bestärken. Darauf aufbauend ist eine Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu fördern.

Zeitgleich lehnen wir den Akademisierungswahn ab. Das Ziel einer erfolgreichen Hochschul- und Wissenschaftspolitik ist nicht die erzwungene Erhöhung von Studentenzahlen an den Hochschulen. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands und Berlins gründet sich unter anderem auch auf das System der dualen Ausbildung. Daher fordern wir nicht nur eine hervorragende Hochschulausbildung, sondern ebenso eine qualitativ hochwertige berufliche Ausbildung – und das in einem Verhältnis, welches den tatsächlichen Bedarf unserer Wirtschaft abbildet.

IX. Freiräume nutzen – Berlin als Erlebnisstadt erhalten

Frei- und Grünflächen in Berlin müssen langfristig auch für junge Menschen attraktive Flächen mit einem höheren Freizeitwert darstellen. Es mangelt in den meisten Bezirken vor allem an jeweils einem zentralen Ort mit vielfältigen Angeboten für Jugendliche und Kinder im Freien. In anderen Städten und Gemeinden wurde aufgrund dieser Erkenntnis das Konzept "Jugendpark" entworfen. Dies soll ein Park sein, bei dem viele Attraktionen für Jugendliche gebündelt an einem Ort verfügbar sind. Er soll zudem zu Fuß erreichbar sein und eine Möglichkeit für die Jugendlichen und Kinder bieten, sich in der Natur frei zu entfalten. Dazu können zum Beispiel Attraktionen wie ein weiterer Skaterpark, Outdoor-Fitnessgeräte, Sportplätze, eine Skater- und Fahrradstrecke, eine Kletterwand, ein Jugendcafé, Minigolf, Open-Air-Festivals und -Kulturprogramme oder auch Angebote der gezielten Jugendarbeit zählen. Einen solchen mit Jugendlichen gemeinsam entwickelten und gestalteten "Jugendpark" fordern wir im Rahmen des finanziellen Spielraums langfristig auch für alle Berliner Bezirke. Ein gutes Beispiel für das Gelingen einer solchen Gestaltung ist der Park am Gleisdreieck.

Berlin hat fast alles – nur einen Vergnügungspark gibt es hier nicht. Das gilt auch für die gesamte Region. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass das Gelände des ehemaligen Spreeparks in Treptow-Köpenick perspektivisch auch wieder als Freizeit- und Vergnügungspark genutzt werden wird.

Wir sind gegen eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten auch an Sonntagen. Ein Tag in der Woche ohne Einkaufstrubel tut unserer Gesellschaft gut, davon sind wir überzeugt. Dennoch setzen wir uns dafür ein, dass die gesetzlichen Grundlagen für die Sonntagsöffnung der sog. „Spätis“ erweitert werden. Unter anderem sollen das sonntägliche Alkoholverkaufsverbot abgeschafft und die Verkaufszeiträume für touristische Angebote und alkoholfreie Getränke erweitert werden. In vielen Kiezen gehören die „Spätis“ zum Stadtbild – und so soll es auch bleiben!

Wir fordern, schon seit vielen Jahren, die Einführung eines flächendeckenden öffentlichen W-LANS in Berlin. Zwar freuen wir uns, dass mit dem „Public Wifi Berlin“ der erste Schritt getan worden ist, allerdings sind die begrenzte Erreichbarkeit und die zeitlich regulierte Nutzung fernab von realen Bedürfnissen der Berliner und Touristen. Es ist kaum zu erklären, warum es fast überall auf der Welt ein freies flächendeckendes W-LAN gibt, nur in der Weltstadt Berlin nicht. Die stets als Begründung angeführten rechtlichen Probleme müssen überwunden werden und die Umsetzung unverzüglich in Gang kommen!

X. Kulturstadt Berlin – Bandbreite erhalten, Erinnerung nicht vergessen

Von der Oper bis zum Berghain – typisch für Berlin ist seine facettenreiche Kultur; sie schließt sowohl die Hochkultur als auch die Subkultur ein. Berlin beherbergt Opernhäuser, Orchester, Theater und Museen von Weltrang. Nebenbei ist Berlin europäische Hauptstadt der Klubszene, wichtige Filmmetropole und Austragungsort vieler Festivals und Veranstaltungen. Dabei überzeugt Berlin durch einen geschichtlichen Hintergrund, der nahezu sämtliche wichtige historische Geschehnisse der Moderne vereint. Es gilt all diesen Aspekten des Berliner Kulturlebens gerecht zu werden – die Kulturstätten zu erhalten und zu fördern und der Berliner Geschichte eine angemessene Erinnerungskultur zu bieten.

Junge Leute aus aller Welt besuchen unsere Stadt, um an der Berliner Lebensart teil zu haben. Die Kulturwirtschaft ist in Berlin zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Kulturwirtschaftende stellen in manchen Bezirken einen großen Teil des, so wichtigen, Mittelstandes dar. Darüber hinaus ist die Kultur einer der hauptsächlichen Pull-Effekte im Bereich Tourismus, was der Wertschöpfung in Berlin positive Tendenz verleiht. Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen Kulturstätten stark bleiben. Wir bekennen uns daher zum Erhalt und zur Finanzierung aller öffentlichen Kultureinrichtungen. Zugleich bekennen wir uns auch zur Unterstützung privater Kulturschaffender. Wir setzen uns z.B. ein für ein liberaleres Immissionsschutzrecht in Innenstädten, damit Betreiber von Clubs und Lokalen nicht mehr so einfach Anwohnerklagen ausgesetzt sind.

Die Berliner Geschichte vereint u.a. Prägnantes aus monarchischen Zeiten, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, DDR-Vergangenheit und Neuester Geschichte. Diesen verschiedenen Epochen ist vielfältig durch Gedenkorte und einer dezidierten Erinnerungskultur gerecht geworden. Für manche Orte der Geschichte gilt dies jedoch nicht. So befindet sich am ehemaligen Konzentrationslager Columbiahaus – dem einzigen ehemaligen KZ auf Berliner Boden – lediglich ein kleines Mahnmal ohne vertiefte kuratorische Zuwendung. Wir fordern eine Gedenkstätte, die diesem Ort gerecht wird und die historischen Hintergründe genauer beleuchtet.

Auch der Checkpoint Charlie verdient unseres Erachtens einen würdigeren Erinnerungs-ort als das derzeitige Durcheinander. Der Checkpoint Charlie steht wie kaum ein anderer Ort in Berlin und eigentlich auf der ganzen Welt für die Konfrontation der Mächte nach dem Zweiten Weltkrieg. Viel ließe sich hier erzählen über die Weltpolitik einer ganzen Epoche. Daher unterstützen wir ausdrücklich die Pläne zur Schaffung eines Museums des Kalten Krieges auf dem letzten unbebauten Grundstück an dieser Kreuzung.

Im Hinblick auf die junge Generation gilt: Wer nicht erinnert, der vergisst!